

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 31 (1956)
Heft: 10

Artikel: Basler Wohnungssorgen
Autor: Kugler, Ferdinand
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-102854>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Basler Wohnungssorgen

Von Ferdinand Kugler

Die Zahl jener, welche sich bei den Wohngenossenschaften melden, um eine Wohnung zu bekommen, nimmt ständig zu. Vor allem möchten die meisten Leute Alt- oder Vorkriegswohnungen, aus dem einfachen Grunde, weil sie wesentlich billiger sind als die nach 1943 bis 1956 erstellten.

Die Neubauwohnungen, ob sie nun von privater Seite oder von den Wohngenossenschaften gebaut wurden, sind, wenn sie nicht durch Subventionen oder billiges Land verbilligt werden konnten, teuer, so teuer, daß sie einen anormal großen Prozentsatz des Einkommens absorbieren.

Arbeiter- und Angestelltenfamilien, vor allem die jungen, wissen kaum, wie sie die Mieten aufbringen sollen, und so kommt es, daß an die bestehenden Genossenschaften immer dringender der Appell gerichtet wird, um Gottes willen endlich etwas zu tun, zu bauen. Die Genossenschaften in Basel haben, mit wenigen Ausnahmen, bis jetzt getan, was sie konnten. Die Jahresversammlungen des Bundes der Basler Wohngenossenschaften zeigten aber deutlich, daß die verschiedenen Genossenschaften von ihrem Vorstand ein viel aktiveres Vorgehen erwarteten.

Der Vorstand hat wiederholt mit einer regierungsrätlichen Delegation verhandelt, um zu sehen, wie eine Belebung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues herbeigeführt werden kann. Basel ist in einer bitteren Lage; dem von Frankreich, Deutschland und dem nicht immer freundlich eingestellten Kanton Baselland eingeschlossenen Stadt-Staat fehlt es an Bauland, Basel ist ein Staat ohne Raum. Zwar ist manch schönes Stück Bauland an private Unternehmer, manchmal auch Spekulanten gegangen, das bei einigermaßen besserem Willen ebensogut einer Genossenschaft hätte zugeteilt werden können! Das wissen die Genossenschaften, und das hat in ihren Kreisen ein gewisses Malaise ausgelöst.

Nach wie vor ist die Nachfrage nach Wohnungen mit einigermaßen tragbaren Mietzinsen groß. Im Großen Rat hat die sozialdemokratische Fraktion ein Postulat auf Bau von 500 kommunalen Wohnungen zu verbilligten Mietzinsen eingereicht.

Die PdA hat eine Volksinitiative für den Bau von 1600 neuen Wohnungen zu niedrigen Mietzinsen lanciert. Sie lautet im wesentlichen: Um das Angebot an Wohnungen zu niedrigen Mietzinsen für Familien mit bescheidenem Einkommen ganz wesentlich zu erhöhen, sorgt der Staat im Laufe der Jahre 1957/1959 durch die Erstellung von Kommunalwohnungen und indem er den Wohngenossenschaften Land im Baurecht abgibt, ihnen zinslose Darlehen oder Subventionen gewährt für den Bau von 1600 neuen Wohnungen, und zwar

300 Zwei.-Wohnungen zum Mietzins von höchstens 90 Fr.
1000 Dreiz.-Wohnungen zum Mietzins von höchstens 120 Fr.
300 Vierz.-Wohnungen zum Mietzins von höchstens 150 Fr.

Die PdA-Initiative ist geschickt und entspricht den Wünschen, welche in weiten Kreisen der Mieter gehegt werden.

Die Wohnungsfrage ist in erster Linie ein wirtschaftliches und soziales Problem und sollte, wenn immer möglich, im

Interesse einer sachlichen Behandlung der politischen Atmosphäre enthoben werden.

Als nun der Bund der Wohngenossenschaften, dessen Vorstand über die mageren Resultate seiner Verhandlungen mit der regierungsrätlichen Delegation stark enttäuscht war, mit seiner Initiative auf den Plan trat, hat er die einhellige und zum Teil begeisterte Zustimmung sämtlicher Arbeitnehmer- und Mieterkreise gefunden.

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

Initiativbegehren für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues

Die Unterzeichneten, in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Schweizer Bürger, gestützt auf § 28 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt und das Gesetz betreffend das Verfahren bei Ausübung der Initiative und des kantonalen Referendums, verlangen den beförderlichen Erlaß eines Gesetzes betreffend die Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Das Gesetz soll folgende Grundsätze enthalten:

Der Kanton Basel-Stadt unterstützt den gemeinnützigen Wohnungsbau nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und nach Bedürfnis. Die Unterstützung geschieht:

1. durch Verkauf von Baugelände oder durch Bestellung von Baurechten;
2. durch Gewährung von Darlehen;
3. durch Übernahme von Anteilen am Genossenschafts- oder Aktienkapital;
4. durch Übernahme bzw. Verbürgung der II. Hypothek.

Der Vorstand des Vereins für Wohnungswesen und Bundes der Wohngenossenschaften beider Basel ist beim Vorliegen anderweitiger Verwirklichungsvorschläge zum Rückzug der Initiative berechtigt, nachdem er die Zustimmung der im Initiativkomitee vertretenen Organisationen eingeholt hat.

Im Initiativkomitee vertretene Organisationen:

Verein für Wohnungswesen und Bund der Wohngenossenschaften beider Basel

Gewerkschaftskartell Basel-Stadt

Kartell christlich-nationaler Gewerkschaften Basel und Umgebung

Evangelisch-soziales Gewerkschaftskartell Basel-Stadt

Angestelltenkartell Basel-Stadt

Kaufmännischer Verein Basel

Mieterverein Basel

Die Initiative bildet gewissermaßen ein unmißverständliches Echo auf die Diskussion im Nationalrat über die Aufhebung des Mieterschutzes und zeigt, daß sich Basel anschickt, die von der großen Mehrheit seiner Bevölkerung erwarteten Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes zu treffen!

Die Basler Presse hat, soweit sie zur Initiative Stellung genommen hat, diese gut aufgenommen.

Die «Basler Nachrichten», welche grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß Wohnungsproduktion und Wohnungsmarkt «ohne neuerliche Abstützung auf Staatskrücken ihren Weg gehen sollten», anerkennen die «maßvolle» Formulierung und kommentieren die Initiative wie folgt: «Sie unterscheidet sich in Tonlage und Begehrlichkeit recht angenehm von der vor einigen Monaten von den Kommunisten lancierten 'Volksinitiative für den Bau von 1600 neuen Wohnungen zu niedrigen Mietzinsen' und läßt erkennen, daß hier offenbar Leute mitgesprochen haben, die das Problem nicht nur durch die politische Brille sehen wollen und sehen können.»